

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

14 (19.2.1947)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG

2. Jahr / Nr. 14

F

Mittwoch, 19. Februar 1947

Einzelpreis 20 Pfg.

Mit der heutigen Nummer
nehmen wir Abschied von unserem
uns lieb gewordenen Titel

DER NEUE TAG

Wir fügten uns höherer Notwendigkeit und hoffen, daß der Begriff UNSER TAG das Band des Vertrauens mit unsern Lesern noch enger knüpft.

Drei Etappen: Mainz, Hannover, Berlin

Dritte Interzonenkonferenz der Gewerkschaften - Einheitlicher Aufbau für Deutschland

Berlin. Vom 10. bis 12. Februar 1947 fand in Berlin die dritte Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften statt, an welcher die Arbeitsdirektoren des Alliierten Kontrollrates die Teilnehmer begrüßten. Von der ersten Interzonen-Gewerkschaftstagung zu Mainz über die Konferenz in Hannover hat die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung gezeigt, daß sie gewillt ist, den gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Sie ist in der verhältnismäßig knappen Zeitspanne von weniger als einem Jahr schon so weit zusammengewachsen, daß ihre Einheit als Realität aufgefaßt werden kann. Die deutschen Gewerkschaften gehen hier einen für die gesamte deutsche Entwicklung bedeutungsvollen Weg.

Unterschiedliche Entwicklung

Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung hatte in den einzelnen Zonen einen verschiedenen Ausgangspunkt und vollzog sich daher unterschiedlich. Nach einer langen und gründlichen Aussprache wurden die Anschauungen der Konferenzteilnehmer in einer Entschliessung über den Aufbau der gewerkschaftlichen Organisationen festgelegt. In ihr kommt die Übereinstimmung zum Ausdruck, daß der neue Gewerkschaftsaufbau auf dem Boden der Industrie-Gewerkschaften, zusammengefaßt in einem starken Bund, vor sich gehen soll.

Ein Organisationsausschuß wurde eingesetzt, der bis zur nächsten Interzonen-Konferenz Vorschläge und Richtlinien für den weiteren einheitlichen Aufbau der gewerkschaftlichen Organisation geben soll. Zu der Entwicklung und dem Stand der Gewerkschaftsarbeit wurde lebhaftes Interesse geäußert, weil sie für die Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben und insbesondere auch für ihre Mitwirkung an der demokratischen Erneuerung Deutschlands dringend notwendig ist. Die Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften müssen durch erhöhte Papierzuteilung verstärkt werden.

Jugendpflege und Jugendschutz

Das Verhältnis der Gewerkschaften zur Jugend wurde in einem besonderen Referat besprochen, wobei in erster Linie auf die notwendige Umgestaltung der deutschen Jugend hingewiesen wurde. Die Gewerkschaften verlangen, daß die gesamte Schuljugend, die Jugend, welche sich in der Berufserziehung befindet und auch jene jungen Menschen, die durch die Schule des Dritten Reiches gehen mußten, mit der Geschichte, den Leistungen und den Aufgaben der deutschen Gewerkschaften vertraut gemacht werden. Der arbeitenden Jugend soll durch verstärkten staatlichen Jugendschutz und staatliche Jugendpflege geholfen werden. In den neu zu schaffenden Tarifverträgen sind ihre sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse weitgehend zu berücksichtigen. Die Gewerkschaften lenken die Aufmerksamkeit der Landesregierungen insbesondere auf die Auswahl richtiger Erzieher der jungen Generation.

Für einheitliche Sozialversicherung

Die Konferenz beschäftigte sich auch mit der Neugestaltung der Sozialversicherung. Die Grundlage der Debatte bildete die nachstehende Entschliessung, die von einem besonderen Ausschuss in Frankfurt a. M. ausgearbeitet wurde, und welche die Vereinheitlichung der künftigen deutschen Sozialversicherung und ihre allmähliche Leistungssteigerung gewährleisten soll. Sie enthält folgende Grundsätze:

- Schaffung eines einheitlichen Sozialversicherungsgesetzes für Krankheit, Erwerbsunfähigkeit und Alter, sowie Erwerbsminderung (Unfall) für ganz Deutschland;
- Errichtung einheitlicher Sozialversicherungsträger in den Ländern und Provinzen unter Berücksichtigung eines zweckentsprechenden Lastenausgleichs zwischen den einzelnen Ländern;

Erleichterungen im Postverkehr

Baden-Baden. Das zulässige Höchstgewicht der Briefe im Interzonen-Postverkehr wurde von 500 auf 1000 Gramm heraufgesetzt. Gleichzeitig wurde der Postverkehr mit Finnland unter den selben Bedingungen wie mit den anderen Ländern wieder aufgenommen.

Interzonen-Telefondienst

Baden-Baden. Amtlich wird mitgeteilt: Es wird daran erinnert, daß die Leiter der Wirtschaftsunternehmen, der Industrie, Handels- und Bankfirmen zum Interzonen-Telefondienst zugelassen werden können. Es ist Sache der interessierten Abnehmer der französischen Besatzungszone, die in den Genuss dieser Erleichterung kommen wollen, auf dem deutschen Postamt ihres Wohnsitzes einen Aufnahmeantrag für die Liste der Teilnehmer einzureichen, die berechtigt sind, Telefongespräche mit den anderen Besatzungszone Deutschlands zu führen.

Maßgebende Mitwirkung der Versicherten durch ihre Vertretungen - ihre Gewerkschaften - in den Organen der Selbstverwaltung; Ausdehnung des Versichertenkreises auf alle Arbeitnehmer, sowie alle selbständig erwerbsfähigen Personen und Unternehmer, einschl. ihrer mithelfenden Familienangehörigen. Rechtsanspruch auf die Leistungen und deren sozialen Gestaltungen.

Die Gewerkschaften erwarten vom Alliierten Kontrollrat in Deutschland, daß nunmehr die dringend notwendige reichsgesetzliche Neugestaltung der deutschen Sozialversicherung beschleunigt durchgeführt wird.

Interzonale Gäste

Die Berliner Konferenz erhielt durch die Anwesenheit der Delegation des Weltgewerkschaftsbundes ihr besonderes Gepräge. Auch ein Vertreter des amerikanischen Gewerkschaftsbundes des AFL, nahm als Gast teil. Mit den Delegierten des Weltgewerkschaftsbundes wurde unter anderem das Verhältnis der deutschen Gewerkschaften zum Weltgewerkschaftsbund, die Rückgabe des von den Gewerkschaften beanspruchten Vermögens, die Demontage der Betriebe und die Erhaltung der Arbeitsplätze, die Kriegsgefangenenfrage und die Beteiligung der deutschen Gewerkschaften bei den künftigen Friedensverhandlungen erörtert. Die

nächste Tagung wird Anfang Mai in München stattfinden.

Organisationsausschuß gebildet

In einer Schlußresolution zur Frage eines einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbundes heißt es: Die neuen Gewerkschaften werden ihre organisatorischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie der Wirtschaft und dem Staate gegenüber als ein unabhängiges Ganzes auftreten. Gewerkschaften können nicht willkürlich gemacht werden, sie müssen vielmehr unter planmäßiger Lenkung zu leistungsfähigen Organisationen heranwachsen. Während die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorwiegend Aufgabe der Industrieverbände ist, bedingen die sozialen und wirtschaftspolitischen Verhältnisse, sowie die kulturelle Betreuung der Gewerkschaftsmitglieder eine enge organisatorische und finanzielle Zusammenfassung der Industrieverbände in einer großen einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Um im Sinne dieser Leitsätze der gewerkschaftlichen Entwicklung den Weg zu ebnen, beschließt die Interzonenkonferenz die Einsetzung eines Organisationsausschusses. Dieser Ausschuss hat die organisatorischen Probleme zu klären und Vorschläge für die Interzonenkonferenzen vorzulegen.

Erstes Verfahren gegen deutsche Richter

Washington. Zum ersten Male werden vier Richter und Ankläger des deutschen Gerichtssystems, sowie hohe Regierungsbeamte des Naziregimes vor Gericht stellen, erklärte Dr. Robert Kempner, der Hauptankläger des Prozesses gegen deutsche Richter, der am Montag in Nürnberg begann.

Dr. Kempner, der an dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß teilnahm, wird der Abteilung vorstehen, die die Anklage gegen die Beschuldigten vorbereitet. Als Oberregierungsrat und Kriminalfachverständiger leitete Dr. Kempner vor 1933 gegen die NSDAP Untersuchungen und empfahl, Hitler als unerwünschten Ausländer auszuweisen. Bei der Errichtung des Naziregimes verließ er Deutschland und begab sich 1939 nach den Ver-

einigten Staaten, wo er in der Universität von Pennsylvania und der Militärakademie Westpoint Vorlesungen hielt. Bei dem Kriegsverbrecherprozeß in Nürnberg nahm er Göring und die andern Angeklagten ins Kreuzverhör und bereitete gegen den deutschen Industriellen und Kriegsgewinnler Friedrich Flick, der kürzlich des Begehens von Kriegsverbrechen beschuldigt wurde, die Anklageschrift vor.

Berliner Sozialisierungsgesetz

Berlin. Das „Gesetz zur Ueberführung von Konzernen und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen in Gemeineigentum“ wurde am Donnerstag von der Berliner Stadtverordneten-Versammlung in zweiter Lesung von der SPD, CDU und SED gegen die Stimmen der LDP angenommen.

Im Verlaufe der Verhandlungen erklärte der Fraktionsführer der LDP, Karl Hubert Schwenicke, man dürfe jetzt keine parteipolitischen Dogmen realisieren. Im Namen der CDU betonte Dr. Tiburtius, daß die derzeitige Unternehmungsform nicht zerstört werden und die Initiative der Privatunternehmer, sowie ihre wirtschaftliche Selbständigkeit in gewissem Grade erhalten bleiben solle. Das Ziel des Gesetzes sei eine Gemeinwirtschaft, die Förderung der Wohlfahrt und vor allem die Erzeugung von Gütern, die dem Ostzonenbedarf dienen.

Der Stadtverordnete Bach (SPD) gab bekannt,

daß 90 Prozent der Berliner Bevölkerung für die Sozialisierung gestimmt hätten. Sozialisierung heiße nicht Verstaatlichung oder Kommunalisierung, sondern Ueberführung in Gemeineigentum. Stadtverordneter Karl Maron (SED) erklärte, daß das Gesetz viele Mängel aufweise. Die SED fordere die entschädigungslose Enteignung und hoffe, daß sich dieses vorläufig geschaffene Rahmen-Gesetz später den von der SED gegebenen Richtlinien nähern werde. Berlin sei gegenüber dem Stand der Entmachtung der Konzerne in der Ostzone rückständig und müsse diesen Rückstand aufholen.

Wiederaufbaueinsatz im Ausland?

London. (Rheina) Die Heranziehung deutscher Arbeitskräfte zum Wiederaufbau in alliierten Ländern schlägt ein am Samstag veröffentlichter Bericht des internationalen Ausschusses zum Studium europäischer Fragen vor. Zur Entlohnung der deutschen Arbeiter sieht der Plan vor, daß der deutsche Arbeiter 70 % dessen erhalten würde, was ein Arbeiter des betreffenden Landes bezahlt erhält. Die restlichen 30 % würden an die jeweilige Landesregierung gezahlt werden, die die Hälfte als Reparationen behält und die andere Hälfte der deutschen Regierung zum Ankauf von Waren zur Verfügung halten würde.

Damit würde, so legt der Plan dar, der deutsche Arbeiter letzten Endes seinen ganzen Lohn erhalten und die deutsche Regierung würde ihm in Deutschland für 30 % entsprechende Markbeträge zuschreiben. Vom Leben der deutschen Arbeiter im Ausland verspricht sich der Bericht des internationalen Komitees außerdem eine starke Auswirkung auf die Entnazifizierung des deutschen Volkes.

Dieser Plan kann weder wirtschaftlich noch politisch befriedigen. In wirtschaftlicher Hinsicht würde bei der Gutschrift des zu Reparationszwecken verwendeten Lohnanteils von 15 Prozent auf dem innerdeutschen Geldmarkt ein zusätzlicher Kaufkraft entstehen, welche in keiner Weise durch Leistungen aus der deutschen Volkswirtschaft gedeckt wäre, und somit eine inflationistische Wirkung haben müßte. Da die deutsche Wirtschaft aber durch Reparationsleistungen auf lange Sicht schwer zu ringen haben wird, muß ihr Währungssystem auch vor geringsten Erschütterungen bewahrt bleiben.

Das Projekt hat aber noch einen weiteren Nachteil, wenn man bedenkt, daß in dem vorliegenden Plan es gerade der vom deutschen Kapitalismus an Tode gehetzte deutsche Arbeiter

wäre, welcher im fremden Land aus seinem kärglichen Verdienst die Blutschuld seiner Ausbeuter zu bezahlen hätte. In diesem Zusammenhang ist auch noch die in dem Plan angedeutete politische Seite zu erwähnen. Es darf wohl kaum erwartet werden, daß ein Deutscher vom Nazismus geheilt werden kann, wenn er im Ausland weit unter dem Lebensstandard des einheimischen Arbeiters leben, und sich daher als Deklassierter fühlen muß, - ausgestoßen aus der Solidarität der Arbeiterschaft.

Vorbereitung für Moskau

Halle. Ein aus 10 Mitgliedern bestehender Ausschuss, der Material zusammenstellen soll, das für die Friedensverhandlungen von Bedeutung sein könnte, wurde vom Landtag der Provinz Sachsen-Anhalt in seiner Donnerstag-Sitzung eingesetzt. Dem Ausschuss gehören fünf Mitglieder der SED, drei der LDP und zwei der CDU an. Ministerpräsident Professor Dr. Hübener teilte mit, er habe bereits Anweisung erteilt, statistisches Material über den Stand der Entnazifizierung zu sammeln, um es für die Friedensverhandlungen bereitstellen zu können.

Kapitalisten kommen

Anfang Januar erklärte Generalleutnant Clay, der stellvertretende Militärgouverneur: Die amerikanische Militärregierung ermutigt einen bestimmten Typ von amerikanischen Geschäftsleuten, nach Deutschland zu kommen in der Hoffnung, so die deutsche Wirtschaft und den deutschen Export zu beleben. Im Laufe der letzten Wochen sind auch tatsächlich amerikanische Geschäftsleute eines bestimmten Typs zu Besuch in die amerikanische Zone Deutschlands gereist. Wir nennen nur die Vertreter von Chicago Pneumatic Pool, die Repräsentanten der Singer-Sewing-Maschine, und der National Cash-Register. In den Kreisen der bayrischen Konservativenindustrie erwartet man mit Sehnsucht Herrn Batt, den Präsidenten des großen amerikanischen Konserventrusts.

Der notwendige planmäßige Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft wird durch diese Besuche nicht gefördert. Vielmehr wird der bestehende anarchische Zustand noch bestärkt bei einer gleichzeitigen zunehmenden Ueberfremdung durch amerikanisches Kapital. Amerikanische Industrielle führen zunächst einmal eine Inventur in der amerikanischen Zone Deutschlands durch. Sie werden entscheiden, welche Betriebe sie aufbauen, welche sie neu erwerben. Sie werden das entscheiden ganz unabhängig von der für uns wesentlichsten Tatsache, ob unter den gegenwärtigen Bedingungen gerade der Aufbau und die Erweiterung dieser Betriebe notwendig sind. Andererseits werden Betriebe, deren Ingangsetzung im Interesse der deutschen Wirtschaft dringend notwendig wäre, als „unwirtschaftlich“ stillgelegt. Der krassste Fall ist die Ablehnung der Wiederaufnahme der Herstellung von synthetischem

Tillessen-Prozeß am 25. Februar

Konstanz. Der Prozeß gegen den Erbberger-Mörder Tillessen beginnt nunmehr endgültig am 25. Februar vor der Großen Strafkammer des Konstanzer Landgerichts. Den Vorsitz bei dem Prozeß führt Landgerichtsdirektor Henneck-Konstanz, die Anklage wird vertreten durch Generalstaatsanwalt Dr. Bader-Freiburg, der auch im ersten Prozeß der Ankläger war. Die Prozeßdauer ist auf drei Tage angesetzt.

Benzin aus Steinkohle oder Braunkohle, obwohl die synthetische Treibstoffproduktion auf Grund der alliierten Beschlüsse zunächst solange gestattet ist, bis die notwendigen Treibstoff-Einfuhren bezahlet werden können. Alle Anträge auf Ingangbringung der vorhandenen Werke wurden bisher abgelehnt. Zweifelsohne ist zwischen dieser Tatsache und der Tatsache, daß die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft, eine Tochtergesellschaft der amerikanischen Standard Oil, sich um den Wiederaufbau ihres Filialnetzes im Westen bemüht, ein Zusammenhang.

In Verbindung mit dem Zwischenabkommen wurden in einem Teil der deutschen Presse außerordentlich optimistische Einschätzungen über den zukünftigen Export aus den beiden vereinigten Zonen gegeben. Die Entwicklung des Exports aus der amerikanischen Zone im vergangenen Jahr gibt zu derartigen Prognosen keinerlei Veranlassung. Ende des Jahres tagten die Außenwirtschaftsausschüsse der Industrie- und Handelskammern in der amerikanischen Zone. Sie stellten fest: Aus den noch verfügbaren Rohstoffen wurden im Jahre 1946 hochwertige Exportprodukte hergestellt im Werte von 150 Mill. Mark und der Militärregierung angeboten. „Nur ein geringer Bruchteil wurde abgerufen.“

Der Export aus der amerikanischen Zone Deutschlands betrug in den ersten 16 Monaten nach Kriegsende 23 000 Dollar, ungefähr ein Drittel der Vorkriegshöhe. Das ist auch kein Wunder, wenn man sich die Entwicklung des amerikanischen Außenhandels nach dem Kriege ansieht. Der amerikanische Export hat beträchtlich zugenommen. Er ist mengenmäßig doppelt so hoch wie in den Jahren 1936 bis 1938. Allein im ersten Halbjahr 1946 stieg die Ausfuhr um 4,7 Milliarden Dollar. Im Monatsdurchschnitt war der amerikanische Export im letzten Jahr dreimal so hoch wie in den drei Vorkriegsjahren. Die amerikanische Industrie stellt zur Zeit nach amerikanischen Veröffentlichungen 60 Prozent der Weltindustrie-Erzeugnisse her und hat damit ihren bisher höchsten Stand erreicht. Amerika ist zum stärksten Exporteur geworden, gleichzeitig aber verändert sich der Charakter des amerikanischen Außenhandels. Die Rohstoffzufuhr nach den Vereinigten Staaten steigt relativ, während die Rohstoffzufuhr verhältnismäßig zurückbleibt. Die zukünftige Linie der amerikanischen Außenhandelspolitik wird durch die Erklärung des Leiters der wirtschaftspolitischen Abteilung des amerikanischen Innenministeriums gekennzeichnet: „In Zukunft werden wir in jedes Handelsabkommen eine Klausel einfügen, die es uns gestattet wird, jedes Zugertändnis zurückzuziehen, wenn es sich in einer verminderten Warenzufuhr

auswirkt, so daß unsere einheimische Erzeugung bedroht oder geschädigt würde.

Das heißt, die Vereinigten Staaten von Amerika sind an einem Fertigwarenexport stärker als früher interessiert und wünschen niedrige Einfuhrziffern. Umgekehrt aber ist die amerikanische Zone Deutschlands jener Teil Deutschlands mit der am höchsten entwickelten Fertigwarenindustrie. Ein Viertel des deutschen Exports dem Wert nach wurde in diesem Teil Deutschlands produziert, fast alles Fertigwaren.

Die angekündigte Festsetzung eines Wertes von 30 Cents für eine deutsche Mark wird ebenfalls die deutschen Exportaussichten nicht fördern, da dieser Wechselkurs die deutschen Waren verteuert. Die von uns aufgezeigten Tatsachen lassen eindeutig nur einen Schluß zu, daß — abgesehen von den politischen Momenten — schon aus rein wirtschaftlichen Gründen eine einseitige Ausrichtung des Westens auf Amerika und England zu keiner Lösung führen kann. Auch der Exportplan für die beiden westlichen Zonen für das Jahr 1947 bestätigt nur die Richtigkeit dieser Behauptung. Vorgesehen ist ein Export von 90 Mill. Pfund aus der englisch-amerikanischen Zone, davon sollen 31,5 Mill. Pfund auf Fertigwaren entfallen und fast ebensoviel, 25 Mill. Pfund auf Kohle. Ganz abgesehen vom geringen Umfang des vorgesehenen Exports gibt er in seiner Zusammensetzung zu schweren Befürchtungen Anlaß. Es ist nur zu hoffen, daß die künftige Deutschland-Konferenz endlich zur Herstellung der deutschen Einheit führt.

Haftbefehl gegen Nazikativisten und Hauptschuldige

München. Die sofortige Verhaftung sämtlicher Personen, die durch eine Spruchkammer in die Gruppe E der Aktivisten oder Hauptschuldigen eingereiht wurden, ordnete am Samstag der bayerische Staatsminister für politische Befreiung, Alfred Loritz, an. Die öffentlichen Ankläger der bayerischen Spruchkammern wurden angewiesen, gegen die von dieser Anordnung betroffenen Personen einen Haftbefehl zu erlassen.

Reichsbank in der französischen Zone aufgelöst

Die deutschen Behörden sollen Länderbanken schaffen

Baden-Baden. In Fortsetzung ihres Programms der wirtschaftlichen Dezentralisierung beschloß die Militärregierung, die Reichsbank in der französischen Besatzungszone ab 28. Februar 1947 aufzulösen. Die deutschen Behörden werden ein Gesetz zur Schaffung einer Zentralbank für jedes Land erlassen. Die Zentralbanken der Länder, deren Generaldirektoren und stellvertretende Generaldirektoren von den zuständigen deutschen Behörden ernannt werden, werden die Kassenbestände und Depots der ehemaligen Reichsbankstellen, die in den territorialen Grenzen jedes Landes liegen, übernehmen.

Jede Zentralbank wird durch einen Verwaltungsrat von 9 bis 11 Mitgliedern verwaltet, der außer dem Generaldirektor Vertreter aller Wirtschaftszweige, darunter drei Delegierte der Sparkassen, der Genossenschaftsbanken und der Privatbanken umfaßt. Sie wird durch einen Direktionsausschuß von 3 bis 5 Mitgliedern geleitet.

Um die Währungs- und Kreditpolitik in der französischen Besatzungszone zu koordinieren, wird vorläufig in Speyer ein Koordinierungsausschuß der Zentralbanken geschaffen werden, zu dem jede dieser Banken 3 Vertreter, nämlich den Generaldirektor der Zentralbank, den Leiter der Kontrolle für Bank- und Kreditwesen beim Finanzministerium jedes Landes und ein Mitglied des Verwaltungsrats entsenden wird.

Der erste Koordinierungsausschuß wird am 25. Februar in Speyer zusammentreten, um die Probleme zu prüfen, die durch diese Reform im Bankwesen entstehen.

Französisch-britische Bündnisverhandlungen

London. Bei Ueberreichung der britischen Vorschläge für ein französisch-britisches Bündnis an den französischen Botschafter Massigli nahmen zuständige britische Persönlichkeiten Gelegenheit zu einer ersten Stellungnahme zu dem französischen Entwurf, der ihnen am Freitag zugestellt worden war. In zuständigen britischen Kreisen wird auf die Tatsache hingewiesen, daß weder das eine noch das andere Dokument als endgültiger Text zu betrachten ist. Es handelt sich vielmehr um „erste Entwürfe“, die jederzeit umgedrückt und den sich im Verlaufe der Verhand-

Reinhold Maier in eigener Sache

Die Untersuchung gegen die Bejager des Ermächtigungsgesetzes

Stuttgart. Mit dem Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes im Jahre 1933 befaßte sich der Untersuchungsausschuß des Landtags am Montag in seiner zweiten Sitzung. Der CDU-Landtagsabgeordnete Erns. der seinerzeit Mitglied der Reichstagsfraktion des Zentrums war, und ebenfalls seine Stimme zum Ermächtigungsgesetz gegeben hatte, sagte, daß Hitler dem Zentrum vor der Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz verschiedene Zusicherungen gegeben habe, wie z. B. die, daß er den Reichstag nicht ausschalten wolle. Weiterhin stellte er fest, daß die bereits vor dem 23. März 1933 begangenen Gewaltakte ohne die Zustimmung der Nicht-Nazi-Minister erfolgt seien, worauf der Abgeordnete Leibbrand feststellte, daß es damals ganz klar gewesen sei, daß diese anderen Minister keine andere Möglichkeit hatten, sich innerhalb der Regierung durchzusetzen, falls sie es überhaupt wollten.

Hierauf äußerte sich Dr. Reinhold Maier in eigener Sache. Er stellte fest, daß er von den Nazis als einer ihrer erbittertesten Gegner angesehen worden sei. Hitler habe bereits 1933 die absolute Macht besessen, und es sei vor allem darum gegangen, den Weiterbestand eines ohnmächtigen Parlaments zu retten, da es vielleicht wieder einmal Einfluß gewinnen konnte und nicht darum, ob man Hitler weitere Vollmachten geben wolle.

Die große Sorge: Kartoffeln, Fett

Aus der Arbeit des Kreisernährungsausschusses Konstanz

Konstanz. Auf der letzten Sitzung des Kreisernährungsausschusses entspann sich eine lebhafte Debatte über einige Großbetriebe, die infolge einer nicht intensiven Bewirtschaftung in ihrem Ablieferungsloß sehr weit im Rückstand blieben: Ihre Haltung ist mit unserer derzeitigen schlechten Ernährungslage nicht in Einklang zu bringen, um so mehr, als man den kleinen Bauer weitgehend zur Abgabe heran zieht. Seitens des Landwirtschaftsamtes wurde die Zusicherung gegeben, künftighin diese Mißwirtschaften unter ständiger Kontrolle zu halten, und wenn nötig mit scharfen Maßnahmen einzugreifen.

Den Hauptpunkt der Sitzung bildete, wie es nicht anders zu erwarten war, die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln. Nach dem Bericht des Erfassungsamtes kann auf Grund einer von Freiburg aus durchgeführten Aktion nur noch ein Bruchteil des Bedarfs an Kartoffeln für die Bevölkerung der Städte Konstanz, Radolfzell, Singen ausgegeben werden. Eine weitere Belieferung dürfte, ohne das Saatgut anzuerkennen, nicht mehr möglich sein. Das unzulängliche Zusammenarbeiten der Kreis- und Landesernährungsausschüsse mit dem Landwirtschaftsministerium wurde bemängelt.

Die Vertreter der Landwirtschaft erklärten sich bereit, das Menschenmögliche zu tun um eine gerechtere und bessere Ablieferung zu erreichen, betonten aber dabei, daß es nun auch an der Zeit sei dem Bauern nicht immer nur Versprechungen zu machen wie das einer Belieferung mit Schuhen und Textilien, sondern ihm auch wirklich einmal etwas zukommen zu lassen.

Als weiterer Punkt wurde die Kleingartenfrage behandelt und Beschluß gefaßt, an alle Gemeinden heranzutreten mit dem Ersuchen zusätzlich möglichst viel Kleingärten zu schaffen. Die Möglichkeit dazu besteht in der restlosen Erfassung aller nicht intensiv bewirtschafteten Grundstücke, sowie durch Rodung usw.

Eine lebhafte Debatte löste die Fettversorgung aus. Man vertrat den Standpunkt, daß der Milch-

ablieferung und somit auch der Fettgewinnung weitaus größere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß als bisher. Es kann nicht länger geduldet werden, daß viele Gemeinden ihr Ablieferungsloß mit 25 bis 40 Proz. erfüllen. Man müßte dazu übergehen den guten Ablieferer zu belohnen und den Schlechten ganz energisch an seine Pflicht zu erinnern. Vonseiten des Landwirtschaftsamtes wurde betont, daß man künftighin gewillt ist gegen diese Sünder mit einschneidenden Maßnahmen vorzugehen.

Bauarbeiter gegen die Verbrechen von Grafeneck

Offenburg. Von der Landesvereinigung der Gewerkschaft Bau, Stein und Erde ging uns nachstehende Entschlieung zu:

Mit Entrüstung hat die Gründungsversammlung der Gewerkschaft Bau, Stein und Erde von den unmenschlichen Vorfällen in Grafeneck Kenntnis genommen, wo Geistesschwache aus Baden vergast wurden. Wir fordern unumschlenliche Verfolgung der Schuldigen an diesem Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir stellen dazu fest, daß es Baufirmen waren, die die mörderischen Einrichtungen installierten und an den Morden profitierten. Das beweist einmal mehr die Notwendigkeit, daß die Arbeiterschaft kontrollierend und mitbestimmend in die ganze Produktion und Bautätigkeit eingeschaltet wird. Wir fordern daher, daß ohne Zustimmung der Gewerkschaften als Vertreter der werktätigen Bevölkerung keine Bauvorhaben noch sonstige Produktion unternommen werden dürfen und daß in sämtlichen Unternehmen die Betriebsräte unter Anleitung der Gewerkschaften die gesamte Tätigkeit mitbestimmen müssen.

Der Chefarzt von Auschwitz

London. Wladyslaw Dering, der frühere Chefarzt des Konzentrationslagers Auschwitz, dessen Auslieferung unter der Beschuldigung von Kriegsverbrechen von drei alliierten Nationen verlangt wird, befindet sich nach amtlicher Mitteilung gegenwärtig im Gewahrsam der britischen Behörden. Dering wird beschuldigt, medizinische Massen-Experimente an KZ-Häftlingen durchgeführt zu haben.

Neue Richter in Nürnberg

Nürnberg. General Clay, der stellvertretende Militärgouverneur für Deutschland, bestimmte die Richter für das Militärgericht Nummer 3, vor dem der Prozeß gegen 16 Nazi-Juristen und -Staatssekretäre begann. Es sind dies: Carrington T. Marshall, früherer Präsident des obersten Gerichtshofes im Staate Ohio, James Brand, Richter im obersten Gerichtshof von Oregon, Malory B. Blair vom Berufungsgericht des 3. Bezirks in Texas und als Berichtiger W. Harding, ehemaliger stellvertretender Staatsanwalt des Staates Ohio.

Deutsche Regierung soll zugezogen werden

Fortschritte der Londoner Vorkonferenz - Oesterreichs Grenzen wie 1938

London. Auf der Konferenz der Sonderbeauftragten der Außenminister ist es zu einer Annäherung der Standpunkte bezüglich der Mitwirkung der kleinen und mittleren Nationen an der Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Deutschland gekommen. Man einigte sich im wesentlichen auf das kürzlich von Couve de Murville vorgelegte französische Verfahrenprojekt, das die Einrichtung eines besonderen Informations- und Konsultativ-Komitees für die kleinen und mittleren Mächte vorsah. Der sowjetische Delegierte französische Verfahrenprojekt, das die direkt interessierten Staaten an der Ausarbeitung des Friedensvertrages in seinen wichtigsten Sadien, vor allem an den Beratungen der politischen und technischen Kommissionen zugelassen werden. Als „direkt interessierte Staaten“ fügte der sowjetische Delegierte hinzu, könne er jedoch nur die Nachbarländer Deutschlands und eigentlichen Opfer der deutschen Besatzung ansehen. So wichtig dieses sowjetische Entgegenkommen

ist, erscheint es doch zweifelhaft, ob das Verfahren, über das sich nunmehr die Großmächte geeinigt haben, die kleinen und mittleren Nationen, die bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Deutschland gleichen Sitz und Stimme verlangen, zufrieden stellen wird. Denn auch nach dem jetzt in London gefaßten Beschluß scheint keine der Großmächte bereit, den kleinen Ländern mehr als eine konsultative, d. h. beratende Stimme zuzubilligen.

Die Sonderbeauftragten blieben bei ihren teilweise den Vorhandenseins einer deutschen Regierung. Der britische Delegierte sagte, daß der deutschen Regierung die Möglichkeit gegeben werden müsse ihre Ansichten auf der Friedenskonferenz zum Ausdruck zu bringen. Dennoch halte er es nicht für notwendig, mit der Einberufung der Friedenskonferenz zu warten, bis diese Regierung gebildet sei.

Der sowjetische Delegierte, der die Ansicht vertrat, daß die deutsche Regierung nicht bei der Vorbereitung des Vertrags zuzuziehen sein müsse, hielt es für notwendig, daß diese Regierung ihren Standpunkt darlegen könne; denn sie wäre ja auch für die Durchführung des Vertrags verantwortlich.

Der französische Delegierte erklärte seinerseits, daß es im Augenblick richtiger sei, nicht von einer deutschen Regierung zu sprechen, sondern abzuwarten, bis es tatsächlich eine solche Regierung gäbe. Er machte geltend, daß der Alliierte Kontrollrat die Durchführung des Vertrags, sobald er in Kraft trete und bis eine deutsche Regierung gebildet sei, überwachen könne.

Gleichzeitig nahmen die Delegierten Frankreichs, Englands und der USA Stellung gegen die jugoslawischen Forderungen an Oesterreich. Sie schlugen die Beibehaltung der österreichischen Grenzen von 1938 vor.

Säuberungskrise selbst bei der CSV.

Stockach. Sogar der Vertreter der CSV im Ermittlungsausschuß für Industrie, Gewerbe und Handel hat seine Mitarbeit niedergelegt, da die bisherigen Entscheidungen in der Säuberung in den meisten Fällen von den Vorschlägen der örtlichen Ausschüsse erheblich abgewichen sind. Auch die Vertreter der BCSV im Untersuchungsausschuß zur Reinigung der Verwaltung haben ihre Mitarbeit einstweilen eingestellt.

UNSER TAG (früher DER NEUE TAG)

Volkszeitung für Paden und Württemberg

Chefredakteur: Dr. Karl Bittel

Redaktion: (17b) Ottoburg, Kornstr. 11, Tel. 1374, Telegramm-Adresse: Neutag Ottoburg. — Verlag: 55, Württemberg-Verlag, G. m. b. H., (17b) Ottoburg, Hauptstr. 114, Postfach 161, Fernruf 2207. — Erscheint Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis monatlich 1,50 Mk. (einschl. Transportlohn bei Postbezug zuzügl. Best.-gel.). — Druck: Buchdruckerei A. Reil & Cie., Ottoburg.

Welt-Chronik

LAKE SUCCESS. Der Sicherheitsrat nahm die Resolution über die Schaffung einer Abrüstungskommission an. Diese soll im Gegensatz zu den sowjetischen Vorschlägen getrennt von der Atomkraftkommission arbeiten.

ALEXANDRIA. Die Briten haben der ägyptischen Armee den letzten befestigten Punkt Alexandria übergeben.

WASHINGTON. Im Abgeordnetenrat im Repräsentantenhaus verlangte ein Gesetz, das alle Mitglieder der kommunistischen Partei und jeden, der kommunistische Ziele unterstützt zum Feind der USA erklärt. Es soll den Kommunisten im „demokratischen“ Amerika verboten werden, bei Wahlen zu kandidieren.

LONDON. Die britische Regierung plant, die Palästinafrage der UN zur Entscheidung vorzulegen.

MOSKAU. Die Sowjetunion hat in einem Abkommen Rumänien einen Aufschub von zwei Jahren für die Beendigung der Reparationsleistungen zugestimmt.

BOGOTA. Bei einem Flugzeugunfall in der Nähe der kolumbianischen Hauptstadt kamen 5 Passagiere ums Leben.

ROM. Im Hafen von Terracina ist ein viermotoriges Flugzeug abgestürzt. 10 Passagiere und 6 Mann Besatzung kamen ums Leben.

ROM. Italien hat verlangt, zur Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Deutschland zugelassen zu werden.

PRAG. Da zu den zahlreichen Unfällen mit amerikanischen Flugzeugen auch ein Absturz in der Nähe von Kladno kam, ist das Fluggesellschaft der tschechoslowakischen Luftfahrtgesellschaft „Aerline“ in den Streik getreten.

MADRID. General Franco behauptete in einem Interview mit einem britischen Korrespondenten, daß in Spanien die persönliche Freiheit nicht beschränkt sei und daß die Konzentrationslager eine Erfindung der Emigranten seien.

MOSKAU. Das Präsidium des Obersten Sowjets der Sowjetunion hat Saburov zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt.

NEW YORK. Die Bauarbeiter sind in den Streik getreten. Sie fordern eine Lohnerhöhung und den Streikentzug.

BELGRAD. Der ehemalige Oberbefehlshaber in Jugoslawien, von Lühr, wurde zusammen mit weiteren Generalen und hohen Offizieren, wegen zahlreicher Verbrechen, Plünderungen und anderen Verbrechen vom Kriegsverdikt der jugoslawischen Armee zum Tode verurteilt.

Deutschland-Rundschau

DIE VERSTAÄTLICHUNG VON BERGBAU- und Hüttenbetrieben wurde im Wirtschaftsausschuß der bayrischen Landtags gegen die Stimmen der SPD abgelehnt.

DIE KOHLENFORDERUNG hat in der britischen Zone mit 229 000 t in einem Tag einen neuen Höchststand erreicht, wurde in Essen bekanntgegeben.

EINER HILFERUF richtete der Oberbürgermeister von Berlin an die Besatzungsmächte. Es fehlen Kohle und Nahrungsmittel. Die sowjetische Kommandantur hat sich verpflichtet, in den nächsten Tagen 30 000 t Kohle zu liefern, ferner sofort 50 000 Kleidungsstücke, 100 000 Paar Schuhe und 8000 Paar Socken.

INFOLGE KOHLENMANGELS mußten fünf Frankfurter Postämter geschlossen werden. 17 weitere Ämter müssen bereits um 13 Uhr den Publikumsverkehr einstellen.

DIE BAYRISCHE BAUSTOFFINDUSTRIE hat infolge der Kürzung der Kohlenlieferungen auf 10 Prozent des ursprünglichen Bedarfs nahezu völlig den Betrieb einstellen müssen. Besonders schlecht ist die Lage der Zementindustrie.

DER HAUPTAUSSCHUSS DER FLUECHTLINGE stellte in einem Schreiben an die bayrische Landesregierung fest, daß die Not weiter im Steigen ist.

DER LANDTAG NEDERSACHSENS wird auf Anordnung der britischen Militärregierung am 20. April gewählt werden.

NICHT ENTNAZIFIZIERT wurde der ehemalige Leiter des deutschen Kollisionsrats, Alexander Prentzel. Die Entnazifizierungskommission in Berlin-Wilmersdorf erklärte ihn wegen unvollständiger Angaben im Fragebogen für belastet.

FUER DIE GEFÄHRDETEN JUGEND will der Magistrat der Stadt Frankfurt ein Heim errichten. 77 000 M. 4 stehen bereits zur Verfügung.

ZUM TODE VERURTEILT wurde von einem britischen Militärgericht in Wuppertal der Kommandant des ehemaligen Arbeitslagers Lohde an der Weser. Drei weitere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen.

IN NORDRHEIN-WESTFALEN hat die Landesregierung die Landtagswahlen auf den 20. April angesetzt.

DIE VERFASSUNGSGEBENDE VERSAMMLUNG für Bremen wird am 20. April gewählt werden.

Weitere Grafenecker Dokumente

In seinen Ausgaben vom 8. und 15. Februar hat UNSER TAG, damals noch DER NEUE TAG...

Nun der erste Brief, der im Juni 1940 die Familie F. erreichte: Landes-Pflegeanstalt Grafeneck...

Zu unserem Bedauern müssen wir Ihnen mitteilen, daß Ihre Tochter Helene F., die am 28. Mai 1940 auf ministerielle Anordnung...

und es fehlt ebensowenig der billige Trost, daß der Tod in diesem Falle eine Erlösung gewesen sei.

Die völlig überraschten Eltern wandten sich umgehend an die Anstalt Kork und erhielten nachstehende, in mancher Hinsicht aufschreiende Antwort:

Heil- und Pflegeanstalt Stetten i. R., 20.6.40 für Epileptische Nr. 4931 Verehrte Familie F.

Am 28. Mai mußten wir eine große Anzahl unserer weiblichen Pflegelinge abgeben, sie kamen in eine andere uns unbekannt Anstalt...

SPORT-ECHO

Badischer Jugendpokal Sämtliche Jugend-Fuß- und Handballmannschaften, die beabsichtigen, um den von der Militärregierung...

Die Spiele der Zonenliga Gruppe Nord: Mainz 05 - 1. FC Kaiserslautern 3:1...

Die Tabellen Gruppe Süd: VFL Schweningen 5 3 1 1 10:10 7:13...

Süddeutsche Oberliga Letzte Spiele der Vorrunde Karlsruher FV - FSV Frankfurt (15. 2.) 1:0...

Platzsperrte Fürth wegen Schneeballschlacht Unsere Karlsruher Meldung vom 15. 2. über Platzsperrte...

Badische Oberliga Staffel West: Fortuna Freiburg - Riegel 4:1, ASV Freiburg - Emmendingen 3:1...

Württembergische Landesliga Gruppe Nord: Trossingen - Tuttlingen 3:2, Hechingen - Ebingen 2:3...

Amerikanisches Kapital im Mittleren Osten

Die amerikanische „Mittelost-Gesellschaft“, die 240 amerikanische Industriebetriebe vertritt, hat als Mittelpunkt ihrer Tätigkeit die Türkei gewählt.

Südwürttembergische Skimeisterschaften

Isny. Die Wintersportler haben als erste in Südwürttemberg in ihren Disziplinen Meisterschaften für ganz Südwürttemberg am vergangenen Samstag und Sonntag durchgeführt.

Im einzelnen siegen: Nordische Kombination: Josef Decker (Baiersbrunn) 237,5 Punkte; 2. Epp, Josef, Isny, 220,75...

Schwarzwaldbäuerleisterschaften 1947

Hinterzarten. Mittelpunkt der Schwarzwaldbäuerleisterschaften waren die diesjährigen Meisterschaften in der norisichen Kombination, wenn es auch der Wettersog...

Weltmeisterschaften im Eiskunstlauf Stockholm. Weltmeisterin im Eiskunstlauf wurde wie erwartet Barbara Ann Scott (Kanada), die auch den Titel der Europameisterin bereits innehat.

Schweden schlug Frankreich im Ringen Paris. Zum ersten Male standen sich die Ländereismannschaften Frankreich und Schweden im Ringen in beiden Stilen (griechisch-römischer und freier Stil) gegenüber.

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Eierablieferung im Monat Februar 1947 Auf Grund von § 3 der Verordnung über öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen...

Stellenangebote

Mädchen für gepflegtes Haus mit 2 Kindern (auch Heimateuse, Ostflüchtling) mit Familienanschluß nach Freiburg-Villenvorort gesucht.

Erste Kraft mit guten Umgangsformen, einwandfreie Vergangenheit, sowie Kenntnissen im Druckgewerbe als selbständiger Einkäufer gesucht.

Geucht werden für Baustelle (Bauplatz): 1 Vermessungsgeometer, 3 Meßgenießer, 1 Baustellenarbeiter...

Geucht Einkäufer und Sammler für Antiquitäten, Aluminat, Messing, Kupfer, Zinn usw. Kontakt Hans M. v. Dresky, Metallwarenfabrik, Friesenheim (Ailgäu).

Suche für sofort zuverlässige event. weibliche Arbeitskraft zur selbständigen Erledigung v. Gartenarbeiten. Lohn und Bedingungen nach Vereinbarung.

1 Magaziner, möglichst aus der Eisenbranche für unsere Großbaustelle gesucht. Strabag, Freiburg, Baubüro, Kaisersuhlstr. (0-53)

2 kräftige Burschen, die Lust haben, das Gips- und Stukatur-Handwerk zu erlernen, können sofort eintreten.

Mietgesuche

Verkaufsgeschäft mit größerem Schauensfenster von Exportfirma in guter Verkehrslage dringend zu pachten gesucht.

Heiraten

Bäckereiarbeiter, 24 Jahre kath., sympathisch, gepflegte Erscheinung, lebensfähig, gewandt und zuverlässig.

Witwer, 58 J., kinderl., in guter Position, wünscht zwecks bald. Heirat Dame m. eigener Wohnung kennen zu lernen.

Einsame Menschen finden Gedankenaustausch oder glückliche Lebensgemeinschaft durch den Briefbund „Der Weg“.

Glanzende Heiraten sind im Schwarzwaldzirkel vorgemerkt. Darum heute noch Ihre Anmeldung.

Viele fanden ihr Glück durch die Org. Organisation des Briefbundes: „Der Lebenskamerad“.

Kohle für den Kever, Augsburg, Hubertusplatz 11 liefert wie gewöhnlich, preiswert, gut (auch in französischer Besatzungszone).

Besitzerin ein. Friseurgeschäftes, 33 J., kath., symp. Erscheinung, wünscht mit Herrn vom Kreis Freiburg, Mühlheim oder Lörrach...

Taube Radio-Röhren

Spielt Ihr Apparat nur noch leise und mit schlechter Wiedergabe, so bringen Sie bitte Ihr Gerät zum Funkberater.

Union-Theater

Nur noch bis mit Donnerstag! Du gehörst zu mir! Das Schicksal eines berühmten Arztes mit Willy Borge, Lotte Koch, Viktor Staal.

Liebe, Leidenschaft u. Leid Der Kampf eines jg. Mädchens, um ihr Recht auf Liebe mit Karin Hardt, Hilde Sessak, Richard Häußler, Josef Sieber.

„Fenstral“ reißt Fenster schnell strahlend hell! Sie erhalten „Fenstral“ in Lebensmittelgeschäften u. Drogerien.

Achtung! Briefmarken! Rolf Rösche, G.m.b.H., Augsburg, Günsbühl 7 a. Das Versandhaus von Ruf.

Briefmarken-Auktion. 66. Borek-Briefmarken-Auktion. Einlieferung besserer Marken sofort erbeten.

Briefmarken. Neuheiten der verschiedenen Besatzungszone u. Europas, Deutsches Reich ab 1924 usw.

Käiberdurchfall Futtermittel für alle Art. Verunreinigungen bereiten Ihnen oft große Sorgen.

Städtische Bühnen Freiburg: CASINO

19. Febr., 20.00 Uhr „Die Kunst der Fuge“, Kammerorchesterkonzert. Kammerstücke

19. Febr., 19.30 Uhr: „Das Abgründige in Herrn Gerstenberg“, 20. Febr., 19.30 Uhr: „Kabale und Liebe“

Harmonie - Lichtspiele

Nur noch bis mit Donnerstag! Der Mörder wohnt Nr. 21 Ein Kriminal-Großfilm voll Hochspannung u. Dramatik.

Die barmherzige Lüge Ein Abenteuerfilm mit Hilde Krahl, E. v. Klipstein, Otto Gebühr, Paul Dahke.

Friedrichsbau - Lichtspiele Bis einschl. Mittwoch, 19. 2. ein reizendes Lustspiel Die lustigen Vagabunden

Ab Freitag, 21. 2. bringen wir den Film Donauschiffer mit Atila Hörbiger, Hilde Krahl u. a. m.

Eigenheim! (Gutschein) Gegen Einsendung dieses Ausschnittes erhalten Sie kostenlos Leitfaden Broschüre: Wie komme ich sicher und bequem zu Eigenheim?

Schönow ü. Bernau b. Berlin Berliner Straße 6 Berliner Stadtbüro: Berlin W. Wittenberg Platz 2. (Ma-1)

Freiburg, 19. Februar

Es ist erbärmlich kalt. Ich stehe an der Haltestelle und warte auf die Straßenbahn. Das heißt, ich stehe nicht, ich laufe auf und ab, ich stampfe, trete, tripple, tanze. Es ist zu kalt, um unbeweglich zu bleiben. Ich bin nicht allein. Ein junger Mann wartet mit mir. Während ich in erwärmender Unruhe hin und her springe, bleibt er am Ort. Er hat nur ein Bein, das zweite modert irgendwo innerhalb des weiten Kreises in den einmal die streichen Banner Hitlers aufgepflanzt waren. Diese Verstummlung macht ihn schwer beweglich, sie liefert ihn in diesem Falle der grimmigen Kälte aus. No steht er, den Stumpf auf den Holm seiner Stützen gelegt, und ist froh, daß er nun seine Hände in die Taschen krampfen kann. Sie sind sonst auf den Stützen der beißenden Kälte ausgesetzt. Irgendwie ergreift mich dieses Bild der Hilflosigkeit. Man müßte es in Stein hauen — auf hohen Sockel stellen — als Standbild der Niederlage. Inzwischen ist die Straßenbahn herangerollt. Ich steige ein. Eben ruft der Schaffner die Haltestelle aus: Siegesdenkmal! Die Bahn fährt an, ich blicke zurück. Richtig — da reckt sich das monströse Mal zweifelhaften Triumphes. Dem Siege werden Denkmale gesetzt — nicht der Niederlage.

Aber es gab auch in dem Kriege, den ein sogenannter Sieg krönte, Tote und Verstummelte. Das Denkmal wurde dem „Siege“ gesetzt, damit er greifbar werde auf billige Art, damit er über die Niederlage hinwegtäusche die jeder Krieg bedeutet. Tragt es ab — tragt es ab — tragt sie überall ab, die falschen Zeugen „großer“ Zeiten und setzt die rechten hin. Zum Beispiel den Einbeinigen in seiner Hilflosigkeit — überlebensgroß und auf hohem Sockel. Und dann sorgt dafür, daß dort Haltestellen eingerichtet werden, an denen Tausende am Tag vorbeikommen, denen die Schaffner vernehmlich zuzurufen haben: Denkmal der Niederlage!

Landesgewerkschaft Bau, Stein und Erde steht

Offenburg. Um mit dem Schluß zu beginnen: Die Landesvereinigung der Gewerkschaft Bau, Stein und Erde wurde durch die Delegierten von 11 örtlichen Gewerkschaften am Sonntag in der Michelhalle gegründet. Die ersten Satzungen wurden angenommen und der Vorstand wie folgt bestellt: Vorsitzender: Julius Schäfer (Offenried), stellv. Vorsitzender: Kollege Berl (Offenburg), Schriftführer: Wilhelm Kleiner (Freiburg), Kassierer: Karl Fieser (Freiburg); zu Beisitzern wurden die Kollegen Huber (Seebach), Jüngert (Rastatt), Twardawsky (Lörrach) und Schleicher (Villingen) gewählt. Als Sitz der Vereinigung wurde Freiburg bestimmt.

Die Tagung stand unter dem Vorsitz des Kollegen Reindl (Freiburg). Das tragende Referat des Kollegen Schärer beschäftigte sich vor allem mit der Notwendigkeit, auch die Konsequenzen aus der Tätigkeit der Reaktion zu ziehen. Die Gewerkschaften müssen geschlossen gegen die Reaktion Stellung nehmen. Die Fenster der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, als man

Landeskongress der „Freien Jugend“

Am Samstag und Sonntag, 22. und 23. Februar 1947, fand in Freiburg L. B. E. ein Landeskongress der „Freien Jugend“ statt. Die Teilnehmer kamen aus allen Kreisen der Landesorganisation. Die Verhandlungen wurden von dem Vorsitzenden, dem Kollegen Reindl, geleitet. Die Beschlüsse des Kongresses betreffen die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Arbeiterbewegung und die Bekämpfung der faschistischen Organisationen.

gegenüber der Reaktion zu geduldig war, dürfen sich nicht wiederholen. Heute sind die Reaktionen weniger von den Unternehmern als vor allem in der Form der Beschlüsse der Gewerkschaften, in seiner Partei auf diese Weise hinzuwirken.

Die Beschlüsse der Tagung fordern vor allem, daß mit dem Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in der Wirtschaft endlich Ernst gemacht werde. Die Industrie- und Handelskammern müssen durch Wirtschaftskammern ersetzt werden, in denen Arbeitnehmer und Arbeitgeber paritätisch vertreten sind.

Wie alle Gewerkschaften, stehen heute auch die Bauarbeiter vor großen Aufgaben. Es sind im wesentlichen die gleichen, wie in anderen Zonen, nur daß ihre Erfüllung in unserem Gebiet wesentlich schwieriger ist. Die Jugend bedarf unserer besonderen Betreuung. Wir können sie nur geben, wenn der vollkommen unannehme Zustand der gegenwärtigen Entnazifizierung beseitigt wird. Es ist unmöglich, daß die Jugend wegen der bloßen Zugehörigkeit zum Bau und zwei Jahre Bewährungsfrist erlitten, während andererorts ausgesprochene Kriegsgewinner nach wie vor über die Wirtschaft bestimmen. Eine zweite wichtige Aufgabe ist die Bekämpfung eines fortschreitenden Betriebsrätegesetzes.

Die Gewerkschaften lehnen es grundsätzlich ab, daß geringere Gewerke vom Arbeitsministerium oder anderen Behörden ohne ihre Beteiligung ausgearbeitet werden.

Der vorliegende Entwurf z. B. enthält ausgesprochene reaktionäre Bestimmungen, die es dem

Was gibt es auf Karten?

Die Ausgabe der ersten Februarrate an Butter erfolgt heute. Kinder bis zu 3 Jahren erhalten auf Abschnitt 10 der Lebensmittelkarte 100 gr., alle übrigen Altersstufen auf die Kleinabschnitte und auf Abschnitt 21 ebenfalls 100 gr., Schwerarbeiter der Gruppe I: 100 gr., der Gruppe II: 230 gr., der Gruppe III: 420 gr. und der Gruppe IV: 1230 gr.

Die Ausgabe von Käse erfolgt ebenfalls heute, wobei Kinder von 6 bis 10 Jahren 100 gr. und alle Verbraucher über 10 Jahre 125 gr. erhalten. Die Gruppe II der Schwerarbeiter erhält 50 gr., Gruppe III 100 gr. und Gruppe IV ebenfalls 100 gr.

Ende dieser Woche ist außerdem mit der Verteilung von Teigwaren und Kaffee-Ersatz zu rechnen.

3,7 Millionen Mark Defizit!

CSV lehnt Grundsteuererhöhung ab und fördert die Verschuldung der Stadt

Freiburg. Vor Eintritt in die Tagesordnung dankte der Präsident der provisorischen Landesregierung für das Entgegenkommen seitens der Stadtverwaltung bei der Unterbringung der verschiedenen Regierungsstellen und versprach eine großzügige Unterstützung der Stadt Freiburg bei der Durchführung des Wiederaufbaus und der Beseitigung der Ernährungsnot. Staatssekretär Nordmann gab die Zusicherung einer guten Zusammenarbeit zwischen dem Innenministerium und der Gemeinde.

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann verlas anschließend eine Denkschrift des Katholischen Frauenvereins, aus der hervorging, daß die Ernährungsschwierigkeiten im Zusammenwirken mit der allgemeinen Brennstoffknappheit, vor allem bei den Kindern und Jugendlichen Erziehungsschäden der Folge haben, die zum Teil bedenkliche und erschütternde Formen angenommen haben. Der Ernährungsstand der Bevölkerung ist bereits so katastrophal geworden, daß Arbeiter an ihren Arbeitsplätzen zusammenbrechen. Die Versorgung mit Bekleidung und Schuhwerk ist derart schlecht, daß Schulkinder, sowie auch Arbeiter schon zum großen Teil nicht mehr in der Lage sind, den Schulunterricht oder die Arbeitsstätte zu besuchen. Zu dieser Denkschrift erklärte Stadtrat Kappes, daß derartige Denkschriften schon des öfteren von den Gewerkschaften, von Seiten der Arbeiterschaft und vielen anderen Hilfsorganisationen, nicht zuletzt von den Parteien verfaßt worden waren, die alle auf die schwierige Notlage der gesamten Bevölkerung hinwiesen. Er forderte die Stadtverwaltung auf, alles zu tun, um die Not zu lindern. Stadtrat Dichtel, Staatskommissar für Ernährung, sagte zur Frage der Kartoffelversorgung, daß der gesamte vorhandene Transportapparat

eingesetzt werden müsse, um die noch vorhandenen Kartoffelmengen aus den Kreisgebieten herbeizuschaffen, sobald es die Witterung erlaube. Stadtrat Müller (KP) brachte zum Ausdruck, daß im Stadtrat niemand überrascht sein dürfe, daß wir heute mitten in dieser Katastrophe stecken. Die Kommunisten haben schon immer darauf hingewiesen und haben vor einem Jahr schon verlangt, daß jeder Quadratmeter Boden bebaut werden muß. Einiges ist geschehen, aber noch viel Brachland ist vorhanden, das im kommenden Frühjahr unbedingt angepflanzt werden muß. Wenn wir selbst nicht alles tun, um durch eigene Kraft unsere Ernährung zu verbessern, dann werden wir im nächsten Herbst noch schlechter dastehen wie heute.

Der nächste Punkt der Tagesordnung befaßte sich mit der Verabschiedung des Voranschlags für das laufende Haushaltsjahr 1946/47, wobei der umstrittenste Punkt die Erhöhung der Grundsteuer um 100 Prozent zur teilweisen Deckung des Defizits war. Die Fraktion der BCSV schlug vor, eine 50prozentige Erhöhung der Grundsteuer vorzunehmen, obwohl von Seiten des Oberbürgermeisters, der Kommunisten und Sozialdemokraten ausdrücklich Jarauf hingewiesen wurde, daß eine Erhöhung um 100 Prozent unbedingt notwendig sei, um zu verhindern, daß das vorhandene Defizit von 3,7 Millionen Mark weiter ansteige. Trotz des Versprechens der Stadtverwaltung, den neu zu schaffenden Härteparagrafen in großzügigster Weise anzuwenden und trotz des besonderen Hinweises des Stadtrats Treffs, daß durch die 100 Prozent Erhöhung der Grundsteuer die ungeschädigten Hausbesitzer und Grundeigentümer ihren ersen Beitrag zur Unterstützung der schwer bombengeschädigten Hauseigentümer beitragen sollten, lehnte die christlich-soziale und die demokratische Fraktion diese Erhöhung ab. Dadurch erhöht sich das Freiburger Defizit von 3,1 Millionen RM auf 3,7 Millionen RM.

Der Städtische Forstmeister Engler gab im Anschluß daran einen Bericht über die derzeitige Lage der Städtischen Waldungen, woraus hervorging, daß in Zukunft die Abgabe von Brennholz nur noch gegen eine Bescheinigung des Wirtschaftsamt erfolgen soll, damit eine gerechtere Verteilung wie im vergangenen Jahr, erfolgen

Künstler spielen für Gewerkschaften

Freiburg. Freitag, den 14. Februar, fand im vollbesetzten Maria-Hilf-Saal eine kabarettistische Vorführung, veranstaltet vom Ortsausschuß der Freiburger Gewerkschaften, statt. Kabarettistische Zettsatire in Wort und Bild, vorgetragen und dargestellt u. a. von Künstlern der Freiburger Bühnen, boten den anwesenden Kollegen und Kolleginnen nebst ihren Angehörigen zwei heitere und zugleich besinnliche Stunden. „Großstadtmedie des Alltags“, so lautete der Titel einer im Rahmen einer Morität dargebotenen Reihe ernst-heiterer Charaktere. Als besonders ansprechend erwiesen sich hierbei „Der Briefträger“ — eine gut gelungene Pantomime, ferner „Tratsch im Treppenflur“, vor allem aber die Bilder, die neben ihrem heiteren Zweck ihren tieferen Sinn in der Geißelung sozialer Mißstände enthüllten. Durch eine Reihe von Gesprächen und Vorträgen, mit zum Teil guten Einzelleistungen, wurden schonungslos versteckte Probleme bloß gelegt und mit trefflich pointierter Satire behandelt.

Die künstlerische Leitung lag in Händen von Elly Schwab-Schneider und Kurt Heinz Welke. Die Bühnenbilder waren von Renate Rief.

Verwendung beschlagnahmter Waren

Freiburg. Die Militärregierung teilt mit, daß nach den durch die französischen Verwaltungsor-

Freiburger Veranstaltungen

Mittwoch, 19. Februar:

Städtische Bühnen, Casino: Die Kunst der Fuge, 20 Uhr.
Städt. Bühnen, Kammermusik: Das Abgründige in Herrn Gerstenberg, 19.30 Uhr.

Donnerstag, 20. Februar:

Städt. Bühnen, Casino: Service social, 21 Uhr.
Städt. Bühnen, Kammermusik: Kabale und Liebe, 19.30 Uhr.
Maria-Hilf-Saal: Nauber-Quartett, 9.30 Uhr.

Freitag, 21. Februar:

Städt. Bühnen, Casino: Der Troubadour, 20 Uhr.

Samstag, 22. Februar:

Städt. Bühnen, Casino: Così fan tutte, 19.30 Uhr.
Städt. Bühnen, Kammermusik: Das Abgründige in Herrn Gerstenberg, 19.30 Uhr.
Maria-Hilf-Saal: Abenikonert, 19 Uhr.

Sonntag, 23. Februar:

Städtische Bühnen, Casino: Der Zigeunerbaron, 19 Uhr. Meine Schwester und Ich, 20 Uhr.
Städtische Bühnen, Kammermusik: Pygmalion, 14.30 Uhr. Kabale und Liebe, 19 Uhr.
Maria-Hilf-Saal: Abenikonert, 19 Uhr.

Täglich:

Casino-Lichtspiel: Die Teufelshand, bis einschl. Donnerstag. Der kleine Grenzverkehr, ab Freitag.
Friedrichsbau-Lichtspiel: Die lustigen Vagabunden, bis einschl. Mittwoch. Donauschiffer, ab Freitag.
Harmonie-Lichtspiel: Der Mörder wohnt Nr. 21, bis einschl. Donnerstag. Die barmherzige Lüge, ab Freitag.
Union-Lichtspiel: Du gehörst zu mir, bis einschl. Donnerstag. Liebe, Leidenschaft und Loh, ab Freitag.
Ausstellungen:
Augustinermuseum: Käthe Kollwitz und Meisterwerke mittelalterlicher Kunst, bis 21. Februar. Ab 22. Februar: Eduard Wiiralt, Graphik.
Haus Stadelmann und Haus Scherer: Ausstellung moderner litauischer Graphik. Kunstspiegel: Moderne Malerei.

kann. Was die Ernährungs- und Bekleidungsfrage der Waldarbeiter anbetrifft, fand der Referent bei allen Fraktionen lebhafteste Zustimmung zu seiner Forderung, ihre schwierige Lage durch eine bessere Versorgung mit Kleidung und Schuhwerk zu verbessern.

Um eine weitere Verschärfung der Notlage auf dem Gebiet der Wohnraumversorgung zu begegnen, beschloß der Stadtrat bei der Militärregierung zu beantragen, daß die Stadt Freiburg zum „Brennpunkt in der Wohnraumfrage“ erklärt wird.

gane durchgeführten Beschlagnahmen im Dezember und Januar die erfaßten Lebensmittel folgendermaßen verteilt wurden:

Die Krankenhäuser erhielten 2300 kg Kartoffeln, 1100 kg Obst, 360 kg Mehl und 2100 kg Reis. An Werkstätten wurden folgende Mengen ausgegeben: 15.150 kg Kartoffeln, 2900 kg Obst, 500 kg Mehl und 490 kg Reis. Den Landwirtschaftsämtern wurden 490 kg Mehl zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus haben Unterrichtsanstalten und Jugendvereinigungen Zuteilungen an verschiedenen Waren erhalten.

Es wäre interessant nun, einmal auch zu erfahren, wohin die von der deutschen Polizei beschlagnahmten Güter wandern. Die Öffentlichkeit ist durch Gerüchte beunruhigt. Vielleicht geben die vorgesetzten Behörden Auskunft.

Neustadt. Der Zug 12.55 Uhr nach Bonndorf fällt bis auf weiteres aus. Der Güterzug (mit Personenverkehr) 13.18 Uhr nach Donaueschingen fährt ab sofort vorläufig nur noch am Dienstag, Donnerstag und Samstag.

Schopfheim. Der Handharmonika Club Schopfheim hielt am 9. Febr. 47, im Loewenbräu seine Generalversammlung ab. Der Gesamtverband wurde bestätigt, die musikalische Leitung Herr Max Bühler, Musiklehrer, übertragen. Es wurde beschlossen, Anfang März einen Lehkurs für Anfänger und Fortgeschrittene durchzuführen. Anmeldungen werden jetzt schon entgegenommen.

Freiburger Chronik

In Freiburg mehren sich die Fälle, daß Unbefugte unter dem Vorwand, vom Elektrizitätswerk geschickt zu sein, bei Hausbewohnern vorsprechen, um irgend etwas abzumanteln oder abzuholen. Hierzu muß ausdrücklich festgelegt werden, daß jeder Angestellte des Werkes einen mit Stempel und Lichtbild versehenen Ausweis besitzt, den er jederzeit beim Betreten eines Hauses auf Verlangen vorzuzeigen hat. Im Zweifelsfall wird gebeten, das Elektrizitätswerk unter den Telefonnummern 2845 oder 2852 anzurufen. Hiermit werden alle Einwohner vor derartigen betrügerischen Elementen gewarnt.

Mittwoch, den 19. Februar, 12.30 Uhr, findet im Südwestfunk, Sender Freiburg, für die Kleingärtner eine Sendung statt über „Umbruch, Samen und Anbau“. Gartenbaudirektor Muhl und Kreisgärtnermeister Fischer werden zu diesem Thema sprechen.

Freitag, den 21. Februar, findet im Gewerkschaftsraum die Generalversammlung der Gewerkschaft der Holzarbeiter und verwandten Berufe statt. Die Gewerkschaft bittet ihre Mitglieder um vollzähliges Erscheinen. Beginn: 19.30 Uhr.

Wie das Bezirksstraßenverkehrsamt bekannt gibt, werden Anträge auf Verkehrsgenehmigung vor dem 1. März 1947 nicht mehr angenommen. Sämtliche Transporte, mit Ausnahme von Lebensmittel- und Brennholztransporten sind bis auf weiteres gesperrt.

Dieser Tage geriet ein Fahrgast der Straßenbahn, der auf dem Trittbrett hing, zwischen den Tramwagen und ein auf der rechten Straßenseite abgestelltes Holzfuhrwerk. Er wurde buchstäblich zerquetscht, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Ein zweiter Fahrgast wurde durch ein herabstürzendes Holzschicht verletzt.

Im Rahmen der Vortragsreihe der Universität Freiburg: „Die Wandlungen des Weltbilds im 19. und 20. Jahrhundert“, spricht am kommenden Donnerstag, den 20. Februar, 20.15 Uhr im Hörsaal 5 der Universität der bekannte Historiker, Prof. Dr. Tellenbach zum Thema: „Geschichte

und Ewigkeit im Denken der großen deutschen Historiker Ranke, Droysen und Burckhardt“.

Die Städtische Haushaltungsschule, Talsstraße 48, nimmt Anmeldungen für Kurse im Wäschnähen, Flick- und Anfertigen von Schuhen entgegen. Die Anmeldezeiten sind: Dienstag und Mittwoch, jeweils von 12 bis 13 Uhr und 18 bis 19 Uhr.

Die Freiburger Polizeidirektion hat erneut Grund, auf die Hinweise über die Gehweg- und Straßenreinigung aufmerksam zu machen. Jeder einzelne Hausbewohner ist für die Durchführung derselben verantwortlich.

Aus dem Parteiloben

Genosse Bernhard Rathgeber

Am Samstag verstarb unser Genosse Bernhard Rathgeber. Er war das Beispiel eines zuverlässigen Parteifunktionärs. Als Kassierer unserer Landesleitung erfüllte er eifrig und gewissenhaft seine Pflicht.

Trotz seiner körperlichen Gebrechen scheute er keine Mühe und gab sein Bestes für unsere gemeinsame Sache. Von fastlichen Schergen wurde er zweimal vor längerer Zeit ins Gefängnis gebracht, was seine schwache Gesundheit noch mehr erschütterte.

Alle Genossen und alle mit ihm gemeinsam Arbeitenden werden ihn in ehrenvollem Gedächtnis behalten.

Die Landesleitung der Kommunistischen Partei.

Neue Ortsabteilungen

Dogern, Kreis Waldshut. Hier wurde eine neue Ortsabteilung — Dogern, Kreis Waldshut — gegründet, in deren Leitung die Gen. Jakob Beck, Wilhelm Kasoli und Felix Seidel gewählt wurden.

Meersburg a. B. In die Leitung der neugegründeten Ortsgruppe Meersburg wurden die Gen. Wilhelm Harbrigk, Meersburg, Spitalstr. 4, Hermann Oelrich, Meersburg, Spitalstr. 5, und Otto Busch, Meersburg-Riedetsweiler, gewählt.

Gaggenau-Ottensau. Die Monatsversammlung — auch für die Mitglieder aus dem Wohngebiet Gaggenau findet Samstag, den 22. Febr., abends 20 Uhr, im Gasthaus „Zur Linde“ (Ottensau) statt. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist dringend erwünscht.

Waldkirch i. Br. Dienstag, den 25. 2. 1947, abends 20 Uhr, findet im Parteilokal „Gasthaus zum Storch“ unsere Jahreshauptversammlung statt, zu der wir unsere Mitglieder freundlichst einladen. Es wird gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Verantwortlich für den Parteiposten: Heinz Adam, Postfach, 1. V. Wolfgang Gutmann, Offenburg.